

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Walter Rosenkranz
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2025-0.151.937

Wien, am 15. April 2025

Sehr geehrter Herr Präsident!

Der Abgeordnete zum Nationalrat Peter Wurm hat am 21. Februar 2025 unter der Nr. **430/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Bezug von Sozialleistungen durch Fremde mit negativer Asylentscheidung“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 und 2:

- *Wie viele*
 - a. *Asylwerber*
 - b. *Asylberechtigte*
 - c. *subsidiär Schutzberechtigte*
 - d. *Personen mit abgelehntem Asylantrag befinden sich derzeit in ganz Österreich sowie aufgeschlüsselt nach Bundesländern?*
- *Wie viele*
 - a. *Asylwerber*
 - b. *Asylberechtigte*
 - c. *subsidiär Schutzberechtigte*
 - d. *Personen mit abgelehntem Asylantrag beziehen aufgeschlüsselt nach Bundesland jeweils Sozialleistungen?*

Die Beantwortung der gegenständlichen Fragen bezieht sich ausschließlich auf Anspruchsberechtigte der Grundversorgung gemäß Art. 2 Abs. 1 Grundversorgungsvereinbarung Art 15a B-VG (GVV).

Zum Stichtag 21. Februar 2025 stellt sich die Anzahl der Leistungsbezieher wie folgt dar:

	Asylwerberinnen und Asylwerber	Asylberechtigte	Subsidiär Schutzberechtigte	Fremde rk. neg., Geduldete
Bgld	243	11	112	34
Ktn	947	39	111	46
NÖ	1.650	69	191	77
OÖ	3.018	170	326	131
Sbg	837	61	163	82
Stmk	1.007	82	398	166
Tirol	1.573	51	333	92
Vbg	965	30	284	51
Wien	2.698	1.299	10.747	515
Gesamt	12.938	1.812	12.665	1.194

Eine darüberhinausgehende Beantwortung betreffend den Bezug von Sozialleistungen fällt nicht in den Vollzugsbereich des Bundesministeriums für Inneres.

Zur Frage 3:

- *Wie hoch waren die Ausgaben für Grundsicherung bzw. Sozialhilfe und Mindestsicherung österreichweit sowie aufgeschlüsselt nach Bundesländern jeweils für*
 - a. Asylwerber*
 - b. Asylberechtigte*
 - c. subsidiär Schutzberechtigte*
 - d. Personen mit abgelehntem Asylantrag*

Eine Beantwortung hinsichtlich der Ausgaben im Bereich der bzw. der Ausgaben für Grundsicherung, Sozialhilfe und Mindestsicherung österreichweit sowie aufgeschlüsselt nach Bundesländern fällt nicht in den Vollzugsbereich des Bundesministeriums für Inneres.

Zur Frage 4:

- *Auf welcher rechtlichen Grundlage werden illegalen Migranten mit rechtskräftig abgelehntem Asylantrag Sozialleistungen gewährt?*

Eine Beantwortung zur rechtlichen Grundlage von Sozialleistungen fällt nicht in den Vollzugsbereich des Bundesministeriums für Inneres.

Zu den Fragen 5 und 6:

- *Befürworten Sie den Zustand, illegal in Österreich aufhältigen Personen Sozialleistungen zu gewähren?*
 - a. *Falls nein, welche Bestrebungen stellen Sie an, um diesen Zustand zu ändern?*
- *Sind Ihrerseits angesichts eines Höchststandes an Staatsschulden von mehr als 394,8 Mrd. Euro Kürzungen bei Sozialleistungen an Fremde angedacht?*
 - a. *Falls ja, in welchem Bereich und in welcher Höhe?*

Meinungen und Einschätzungen unterliegen nicht dem parlamentarischen Interpellationsrecht.

Gerhard Karner

